

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 79. und 80. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 10. Dezember und Freitag, dem 11. Dezember 2009

1. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Peter-Wilhelm Dröscher
(SPD)

Zukunft der Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Rheinland-Pfalz

Das Bundesverfassungsgericht hat am 20. Dezember 2007 die gemeinsame Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch Agenturen für Arbeit und Kommunen in den Argon für mit der Verfassung unvereinbar erklärt.

Nachdem die von allen Ländern mitgetragene und von den Ministerpräsidenten Kurt Beck und Dr. Jürgen Rüttgers gemeinsam mit dem damaligen Bundesarbeitsminister Olaf Scholz erarbeitete Lösung auf der Grundlage einer Verfassungsänderung, die die Betreuung aus einer Hand weiterhin gewährleistet hätte, an der Ablehnung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gescheitert ist, sieht der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP für die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen nun die getrennte Aufgabenwahrnehmung vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das Vorhaben der Bundesregierung, die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zukünftig in getrennter Aufgabenwahrnehmung zu organisieren?
2. Welche Konsequenzen wird dieses Vorhaben nach Einschätzung der Landesregierung für die Betreuung und Vermittlung langzeitarbeitsloser Menschen in Rheinland-Pfalz haben?
3. Welche Konsequenzen wird dieses Vorhaben nach Einschätzung der Landesregierung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Argon in Rheinland-Pfalz haben?
4. Wie bewerten die übrigen Länder nach Kenntnis der Landesregierung das Vorhaben der getrennten Aufgabenwahrnehmung?

2. Abgeordnete
Dorothea Schäfer (CDU)

Situation im Landesuntersuchungsamt

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit sind nach Einschätzung der Landesregierung die Institute für Lebensmittelchemie des Landesuntersuchungsamtes bei der Wahrnehmung ihrer für den Verbraucherschutz wichtigen Untersuchungen von Lebensmittelproben überlastet, wie dies kürzlich erneut in der Presse berichtet wurde?
2. Welche Unterschiede gibt es bei dieser Einschätzung zwischen Umweltministerium, der Leitung des Landesuntersuchungsamtes, den Bediensteten und der Lebensmittelwirtschaft?
3. Warum verhält sich die Umweltministerin so, dass in der aktuellen Presse von einer „desaströsen Informationspolitik“ gesprochen wird?
4. Warum hat die Landesregierung noch immer nicht dafür gesorgt, dass die Institute für Lebensmittelchemie des Landesuntersuchungsamtes ihre Aufgabe so wahrnehmen können, dass das dem Verbraucherschutz gerecht wird?

**3. Abgeordnete
Nicole Morsblech und
Herbert Mertin (FDP)**

Umsetzung des Bologna-Prozesses und Maßnahmen zur Überprüfung der neuen Studienprogramme

Infolge der anhaltenden Studierendenproteste hat die Kultusministerkonferenz in ihrer 327. Sitzung am 15. Oktober 2009 beschlossen, auf die vorgebrachten Kritikpunkte zu reagieren und die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses gemeinsam mit den Hochschulen voranzutreiben. In diesem Zusammenhang trafen sich die Wissenschaftsministerin und die Präsidenten der rheinland-pfälzischen Hochschulen am 1. Dezember 2009 in Mainz und vereinbarten Maßnahmen zur Überprüfung der neuen Studienprogramme bis zum Ende des kommenden Sommersemesters.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen sind vorgesehen, um künftig die bessere Studierbarkeit im Bachelor-/Mastersystem in Rheinland-Pfalz gewährleisten zu können?
2. In welcher Form werden die Studierenden in den Dialog zwischen Hochschulen und Ministerium eingebunden?
3. Wie bewertet die Landesregierung die in der 7. Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz am 24. November 2009 angeführten Kritikpunkte bezüglich der durch die Länder vorenthaltenen Rahmenbedingungen für eine optimale Fortsetzung der Reform?
4. Welche organisatorische und finanzielle Unterstützung erhalten die Hochschulen, um die erforderlichen Anpassungen im Bachelor-/Mastersystem vornehmen zu können?

**4. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)**

Evaluation der Auswirkungen der Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Zum 1. Januar 2004 wurden mit der Neufassung des § 208 Landesbeamtengesetz besondere Altersgrenzen für die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eingeführt. Die Landesregierung hat zugesagt, die Auswirkungen der Anhebung der Altersgrenze nach Ablauf von fünf Jahren zu evaluieren.

Nachdem nunmehr fast ein Jahr seit Ablauf der Fünfjahresfrist verstrichen ist, fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Schritte zur Evaluation sind seit dem Beginn des Jahres 2009 ergriffen worden?
2. Gibt es eine vorläufige Bewertung, die Grundlage für etwaige Folgemaßnahmen sein könnten?
3. Wird es Maßnahmen zur verstärkten Gesundheitsförderung geben?
4. Wie hat sich durch die Lebensarbeitszeitverlängerung die Zahl der dienstunfähigen bzw. eingeschränkt dienstfähigen Beamtinnen und Beamten entwickelt?

5. Abgeordnete
Carsten Pörksen,
Clemens Hoch,
Petra Elsner und
David Langner (SPD)

Schutz von persönlichen Zahlungsdaten der Bürgerinnen und Bürger beim SWIFT-Abkommen

Die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication, abgekürzt SWIFT, betreibt ein Rechnernetz, mit dem internationale Überweisungen durchgeführt werden. Konten werden über den „SWIFT-Code“ erkannt. SWIFT erfasst Zahlungsverkehrsdaten im Zusammenhang mit Transaktionen zwischen Banken und Finanzinstituten und bewältigt die Telekommunikation von über 8 000 Geldinstituten in mehr als 200 Ländern. Das nun neu verhandelte sog. „SWIFT-Abkommen“ sieht vor, dass die Europäische Union sensible Zahlungsverkehrsdaten zur Verfolgung und Aufdeckung der Terrorismusfinanzierung an die USA weitergeben wird. Nicht nur die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, sondern auch deutsche Banken und Sparkassen sowie Verbraucherschützer bemängeln, dass betroffene Bankkunden sich nicht ausreichend vor unerwünschtem Auskunftschaften schützen können. So haben die Bundesländer im Bundesrat die Notwendigkeit der Beachtung verfassungsrechtlicher Gebote betont. Auch die rheinland-pfälzische Landesregierung hat gegen das SWIFT-Abkommen erhebliche Bedenken und die Bundesregierung aufgefordert, dem SWIFT-Abkommen nur zuzustimmen, wenn datenschutz- und verfassungsrechtliche Bedenken ausgeräumt seien.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist aus Sicht der Landesregierung die Datenweitergabe durch SWIFT vor dem Hintergrund deutscher bzw. europäischer Datenschutzbestimmungen, des Verbraucherschutzes und des Rechtsschutzes rheinland-pfälzischer Bürgerinnen und Bürger zu bewerten?
2. Ist gewährleistet, dass Bankkunden erfahren, an welche Stelle und zu welchem Zweck ihre persönlichen Zahlungsdaten übermittelt werden?
3. Kann nach Ansicht der Landesregierung ausgeschlossen werden, dass die von SWIFT übermittelten persönlichen Zahlungsdaten zu anderen Zwecken als der Terrorbekämpfung genutzt werden oder an Drittstaaten ohne mit Europa vergleichbarem Datenschutzstandard weitergegeben werden können?
4. Wurden nach Ansicht der Landesregierung die Forderungen des Bundesrates bei den Verhandlungen der Bundesregierung ausreichend beachtet?

6. Abgeordnete
Alexander Licht und
Hans-Josef Bracht (CDU)

Auswirkungen großflächigen Einzelhandels am Hahn auf die Anbieter im Umland

Wir fragen die Landesregierung:

1. Zu welchen grundsätzlichen Ergebnissen kommt das Gutachten der IHK Koblenz im Hinblick auf eine regionalverträgliche Umfeldentwicklung des Flughafens Frankfurt-Hahn?
2. Welche Konzepte befinden sich derzeit in der Diskussion der Entwicklungsgesellschaft am Flughafen?
3. Welchen Überlegungen der Flughafenentwicklungsgesellschaft widersprechen die Ergebnisse des Gutachtens?
4. Inwieweit befinden sich welche der von Wirtschaftsminister Hering im September angekündigten Maßnahmen am Flughafen Frankfurt-Hahn in Umsetzung?

7. Abgeordneter
Dr. Peter Schmitz (FDP)

Proteste von Studierenden hinsichtlich der Finanzausstattung der Lehre im Fachbereich Medizin an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bzw. der Universitätsmedizin

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass es zu einer Reduzierung der Mittel für die Lehre im Fachbereich Medizin in Mainz gekommen ist bzw. kommen wird? Wenn ja, aus welchem Grund und in welchem Umfang?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den diesbezüglichen Protest der Studierenden und die damit verbundenen Forderungen im Rahmen der einschlägigen Demonstrationen?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, damit der Lehrbetrieb am Fachbereich Medizin an der Universität Mainz auf hohem Niveau langfristig durchgeführt werden kann?

**8. Abgeordnete
Heike Raab und
Heribert Heinrich (SPD)**

Gescheiterte Vertragsverlängerung des ZDF-Chefredakteurs

Der Intendant des ZDF hat dem 14-köpfigen ZDF-Verwaltungsrat eine Verlängerung des Vertrages von Chefredakteur Nikolaus Brender vorgeschlagen. Diese scheiterte nach einer geheimen Wahl, deren Ergebnis der hessische Ministerpräsident Roland Koch bereits Monate vor der Wahl am Freitag, den 27. November 2009, öffentlich vorhergesagt hatte. Mit ihm würden andere Unionspolitiker gegen Brender stimmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wurden aus Sicht der Landesregierung nachvollziehbare Gründe gegen eine Vertragsverlängerung des parteilosen ZDF-Chefredakteurs vom hessischen Ministerpräsidenten vorgebracht?
2. Welche Aussicht auf Erfolg hätte nach Einschätzung der Landesregierung eine Klage gegen die Abwahl des ZDF-Chefredakteurs vor dem Bundesverfassungsgericht?
3. Kann eine Änderung des Staatsvertrags neue Möglichkeiten zur Sicherung der Rundfunkfreiheit in Deutschland und zur Ausübung des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eröffnen?

**9. Abgeordneter
Hans-Josef Bracht (CDU)**

Umsetzung des Steuerrechts durch die Finanzverwaltung

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die in der letzten Zeit geäußerten Mahnungen des Präsidenten der Oberfinanzdirektion Koblenz, weiterer Repräsentanten der Finanzverwaltung auch aus anderen Ländern und aus den Reihen der Deutschen Steuergewerkschaft, dass das Steuerrecht in Deutschland wegen seiner extremen Komplexität und den ständigen, zum Teil umfänglichen Änderungen und Konkretisierungen durch Erlasse der Regierungen und Anwendungsanweisungen der Finanzminister von den Finanzämtern nicht mehr gleichmäßig und auf dem Stand des Rechts angewendet werden kann?
2. Wie sollte dem nach Auffassung der Landesregierung begegnet werden – durch eine Aufstockung des Personals der Finanzverwaltung oder durch eine strikte und durchgehende Vereinfachung des deutschen Steuerrechts?
3. Welche Vereinfachungen im deutschen Steuerrecht, insbesondere bei der Einkommensteuer, der Besteuerung der Unternehmen und der Mehrwertsteuer sollten nach Auffassung der Landesregierung vordringlich angepackt werden?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, künftig bei der nachgelagerten Versteuerung von Alterseinkommen die große Zahl von zum Teil aufgrund von irrtümlichen Angaben der Steuerpflichtigen falschen Steuerbescheiden mit den dann fälligen Korrekturarbeiten zu vermeiden?

**10. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Josef Dötsch (CDU)**

Ökonomische Bildung in rheinland-pfälzischen Schulbüchern

In einer am 17. November 2009 veröffentlichten Studie des IW Köln und der LVU Rheinland-Pfalz wurden die rheinland-pfälzischen Schulbücher auf ihre Aussagen zu ökonomischen Zusammenhängen untersucht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse der Studie?
2. Wie erklärt die Landesregierung angesichts der festgestellten fachlichen Mängel die Zulassung dieser Lehrwerke für den rheinland-pfälzischen Schulbetrieb?
3. Plant die Landesregierung, das Verfahren zur Zulassung von Schulbüchern für den Unterricht zu modifizieren?
4. Plant die Landesregierung eine stärkere Betonung ökonomischer Inhalte in den Lehrplänen sowie den Unterrichtsmaterialien?

11. Abgeordnete
Michael Hüttner,
Hans Jürgen Noss,
Clemens Hoch und
Barbara Schleicher-
Rothmund (SPD)

Illegale Datenabfragen über das Polizei-Informationssystem POLIS

In diversen Medienberichten wurde, unter anderem unter dem Schlagwort „Daten-Schnüffel-affäre“, über mutmaßlich illegale Datenabfragen der beiden CDU-Landtagsabgeordneten Billen und Dincher im Polizei-Informationssystem POLIS berichtet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was ist POLIS und wie funktioniert es?
2. Nach welchen Regeln und Vorgaben gestaltet sich der dienstliche Zugriff auf POLIS?
3. Welche rechtlichen Folgen hat ein unberechtigter Zugriff?
4. Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Aufklärung der illegalen Datenabfragen?

12. Abgeordnete
Nicole Morsblech und
Dr. Peter Schmitz (FDP)

Zugang zu medizinischer Versorgung, Kindertagesstätten, Schulen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltspapiere

Bei der Anfang Dezember 2009 stattgefundenen Innenministerkonferenz wurde einvernehmlich eine Anschlussregelung in Bezug auf die zum Jahresende auslaufenden Aufenthaltserlaubnisse „auf Probe“ getroffen. In diesem Zusammenhang rückt auch die vom Landesjugendring Rheinland-Pfalz im April 2009 beschlossene Resolution zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen ohne Aufenthaltspapiere wieder in den Fokus der Diskussion. Dabei geht es insbesondere um medizinische Versorgung sowie den Zugang zu Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Schulen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltspapiere in Rheinland-Pfalz vor?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung des Landesjugendrings zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen ohne Aufenthaltspapiere im Hinblick auf medizinische Versorgung sowie den Zugang zu Kindertagesstätten, Schulen und Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe im Einzelnen?
3. In welcher Weise sind Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen ohne Aufenthaltspapiere geplant?

13. Abgeordnete
Hedi Thelen (CDU)

Keine Veröffentlichung von „Pflegetoten“ in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung ihre Bitte an die Pflegekassen, die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen von Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten zunächst nicht zu veröffentlichen, vor dem Hintergrund des Auftrages des Sozialgesetzbuches XI (Soziale Pflegeversicherung) und den damit verbundenen Intentionen?
2. Wie stellen sich die bisherigen Erfahrungen mit den Qualitätsprüfungen dar?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung zur Verbesserung des Verfahrens in Zusammenarbeit aller Beteiligten?
4. Was ist zum weiteren Vorgehen geplant?

14. Abgeordnete
Dr. Matthias Krell und
Ruth Leppla (SPD)

Forderungen der Studierenden im Bildungsstreik

Im Rahmen des Bildungsstreiks haben auch Studierende in Rheinland-Pfalz zu Protesten aufgerufen und an einigen Hochschulen Hörsäle besetzt. Im Zentrum des Protestes steht vor allem die Forderung nach Verbesserung der Studienbedingungen und der sozialen Situation während des Studiums.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Forderungen der Studierenden?
2. Welchen konkreten Korrekturbedarf sieht die Landesregierung in Bezug auf den sogenannten Bologna-Prozess?
3. Auf welche Weise wird die Landesregierung auf die Kritikpunkte, die seitens der Studierenden, aber auch seitens der Hochschulen formuliert wurden, eingehen?

**15. Abgeordnete
Margit Mohr und
Jens Guth (SPD)**

Vandalismus und Sicherheit in Nahverkehrszügen

Wiederholt wird von verschiedenen Seiten auf Vandalismus und auf Probleme hinsichtlich des Sicherheitsgefühls in Nahverkehrszügen hingewiesen, so auch vom Fahrgastbeirat der DB Regio AG, Region Südwest, Westpfalz. Die Verkehrsministerkonferenz hatte sich ebenfalls mit dem Themenbereich der Sicherheit in Zügen und S-Bahnen beschäftigt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie kann nach Ansicht der Landesregierung die Sicherheit, das Sicherheitsgefühl und der Service in Nahverkehrszügen verbessert und Vandalismus verhindert werden?
2. Welche Maßnahmen der Streckenbetreiber sind bisher hierbei erfolgt bzw. welche sind geplant?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung hinsichtlich von Verbesserungen der Sicherheit, des Sicherheitsgefühls und zur Verhinderung von Vandalismus im Personalverkehr, beispielsweise über die Festlegung der Zahl der Zugbegleiter im Rahmen von Streckenausschreibungen?

**16. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros und
Heinz-Hermann Schnabel
(CDU)**

Bezirkssdienst bei der PI Alzey

Der aktuellen Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass die Stadt Alzey zunehmend mit dem Problem des Vandalismus zu kämpfen hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Kräfte müssten nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern und für Sport vom 18. März 1999 über die Einrichtung eines polizeilichen Bezirkssdienstes bei der PI Alzey eingesetzt werden?
2. Wie viele Kräfte werden tatsächlich eingesetzt?
3. Werden bei der PI Alzey Bezirksbeamte für andere Polizeiaufgaben eingesetzt?
4. Wie ist die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den Ordnungsbehörden der Städte und Verbandsgemeinden im Bereich der PI Alzey geregelt?

**17. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Anke Beilstein (CDU)**

Folgekosten unzureichender Bildung in Rheinland-Pfalz

Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung hat ergeben, dass der Bundesrepublik alleine bis zum Jahr 2043 311 Mrd. Euro an wirtschaftlichem Ertrag aufgrund unzureichender Bildung entgehen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Schüler gehören in Rheinland-Pfalz schätzungsweise der „Risikogruppe“ nach Definition von PISA an?
2. Wie hoch wäre in Rheinland-Pfalz pro Jahr der wirtschaftliche Gewinn zu beziffern, wenn in den kommenden zehn Jahren die Risikogruppe um zehn Prozent gesenkt werden könnte?
3. Welche Auswirkungen hätte eine solche Reduktion für die Einnahmen von Land und Kommunen pro Jahr?
4. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund einen möglichen Ausbau der individuellen Förderung in Form von kleineren Klassen, zusätzlichen Förderstunden und einer vermehrten Schulsozialarbeit?

18. Abgeordnete
Margit Mohr,
Monika Fink und
Jens Guth (SPD)

Aktuelle Entwicklungen beim Flugplatz Bitburg

Nach den in der Presse dargelegten Vorstellungen des Projektmanagers Frank Lamparski soll der Flugplatz Bitburg bereits in fünf Jahren schwarze Zahlen schreiben und den Investoren jährlich eine Rendite von sechs bis sieben Prozent beschieren. Luftfahrtexperten halten es laut Presseberichten für unwahrscheinlich, dass sich der Flugplatz Bitburg in Zukunft wirtschaftlich tragen könnte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die in der Presse nachzulesenden Prognosen zur Entwicklung des Flugplatzes Bitburg hinsichtlich ihrer Erfolgsaussichten?
2. Ist der Landesregierung der in der Presse genannte Projektmanager Frank Lamparski, der laut Presseberichten im Zusammenhang mit einem rund 400 Millionen Euro teuren Ausbau des Flugplatzes genannt wird, bekannt?
3. Wie ist nach Kenntnis der Landesregierung der Stand des Verkaufs von Anteilen an der Betreibergesellschaft Flugplatz Bitburg GmbH an den Projektentwickler Frank Lamparski und der bisherigen Entwicklung im Flugbetrieb?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis von geplanten Nachverhandlungen der Stadt Bitburg und des Eifelkreises Bitburg-Prüm, um ein bleibendes Mitspracherecht der Kommunen vertraglich zu gewährleisten, wie in der Presse zu lesen war?

19. Abgeordneter
Matthias Lammert (CDU)

Organisationänderungen bei der Polizei im Hinblick auf die Drogenbekämpfung

Vor dem Hintergrund aktueller Überlegungen zu Organisationsänderungen bei der Polizei im Hinblick auf die Drogenbekämpfung frage ich die Landesregierung:

1. Sind im Hinblick auf die Bekämpfung der Drogenkriminalität Organisationsänderungen bei der Polizei geplant, auf welcher Ebene setzen diese ggf. an und wie sind diese ggf. konkret ausgestaltet?
2. Entsteht durch diese Änderungen ggf. ein personeller Mehrbedarf und wie soll dieser kompensiert werden?

20. Abgeordnete
Michael Hörter und
Josef Dötsch (CDU)

Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr

Die Verkehrsministerkonferenz hat in ihrer Konferenz am 19./20. November 2009 einen Beschluss zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr gefasst.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen sieht dieser Beschluss vor?
2. Hat der rheinland-pfälzische Verkehrsminister diesem Beschluss zugestimmt?

21. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Simone Huth-Haage
(CDU)

Bildungsfinanzierung in Rheinland-Pfalz

Im Rahmen der jüngsten Studentenproteste wurde immer wieder auch die Entwicklung der Bildungsausgaben in Rheinland-Pfalz kontrovers thematisiert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen prozentualen und absoluten Anteil nahmen bzw. nehmen die Pensionszahlungen an der Gesamtheit der Bildungsausgaben in Rheinland-Pfalz ein?
2. Welche prozentualen und absoluten Anteile nahmen bzw. nehmen die Mittel des Bundes an den Bildungsausgaben in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf Jahren ein?
3. Welche prozentualen und absoluten Anteile nahmen bzw. nehmen die Aufwendungen für Verwaltung an den Bildungsausgaben in Rheinland-Pfalz in den vergangenen fünf Jahren ein?
4. Welche Maßnahmen bzw. Strategien verfolgt die Landesregierung, um die Bildungsfinanzierung dauerhaft auszubauen?

22. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Impfaktion gegen die Schweinegrippe

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist nunmehr in Rheinland-Pfalz ausreichend Impfstoff zur Befriedigung der Nachfrage der Bevölkerung nach der Schutzimpfung gegen die Schweinegrippe vorhanden?
2. Inwieweit reicht die Zahl der Impfärztinnen und Impfärzte inzwischen flächendeckend aus?
3. Inwieweit beteiligen sich die Gesundheitsämter an den Impfungen?
4. In welchem Umfang gibt es Wartelisten bzw. Wartezeiten für die Impfungen?